

UWG-Brensbach-Fraktion in der Gemeindevertretung Brensbach

An Vorsitzende der
Gemeindevertretung Brensbach
Andrea Urban

Ezyer Str. 5
64395 Brensbach

Fraktionsvorsitzender
Thomas Deininger
Im Frohngrund 7
64395 Brensbach
06161/877568
thomas@deininger-odw.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Hans Dümmler
Erbacher Str. 24
64395 Brensbach
06161/8238
hakasama@t-online.de

Brensbach, den 04.02.2024

Antrag 2401: Finanzielle Ausstattung der Kommunen - Beitritt zum Bündnis „Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte“

Guten Tag, sehr geehrte Frau Vorsitzende Andrea Urban,

gemäß § 11 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung der Gemeinde Brensbach stellt die UWG-Brensbach-Fraktion folgenden Antrag zur Vorstellung in der Gemeindevertretung und zur weiteren Behandlung im Haupt- und Finanzausschuss. Wir bitten darum, den anschließenden Beschlussvorschlag zu beraten:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss spricht sich dafür aus, dem Bündnis „Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte“ beizutreten, um die Interessen unserer Gemeinde zu vertreten und gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden Lösungen für unsere finanziellen Herausforderungen zu erarbeiten.

Wir beantragen hiermit offiziell im Namen der Gemeinde den Beitritt zum Bündnis „Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte“. Angesichts der aktuellen finanziellen Herausforderungen und der Notwendigkeit, die Interessen unserer Gemeinde zu vertreten, halten wir diesen Schritt für äußerst wichtig und erfolgversprechend.

Begründung:

Unsere Gemeinde sieht sich wie viele andere Kommunen in Deutschland mit einer Vielzahl von finanziellen Belastungen konfrontiert, die unsere Handlungsfähigkeit beeinträchtigen und die Umsetzung wichtiger Projekte erschweren. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert nicht nur lokale Lösungsansätze, sondern auch eine koordinierte, gemeinsame Anstrengung auf überregionaler und bundesweiter Ebene.



Unter dem Namen "Raus aus den Schulden - **Für die Würde unserer Städte**" haben sich bisher 69 Kommunen aus 8 Bundesländern parteiübergreifend und auf Zeit zusammengeschlossen mit dem Ziel, eine bessere Finanzausstattung und die Entschuldung unterfinanzierter und überschuldeter Kommunen zu erreichen. Das ursprünglich in NRW

gegründete Bündnis wurde auf einer Konferenz am 21.11.2014 bundesweit ausgedehnt. Zugleich wurde als Gründungsdokument der Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten

Gemeindefinanzsystems verabschiedet. Eine weitere Konferenz fand am 23./24.2.2015 in Berlin statt. Weiterführende Informationen sind unter <http://www.fuerdiewuerde.de/> zu erhalten.

Das Bündnis "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte" bietet eine Plattform, um die Interessen von Städten und Gemeinden/Kommunen mit ähnlichen finanziellen Herausforderungen zu bündeln, gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten und politischen Druck zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen aufzubauen. Durch den Beitritt zu diesem Bündnis möchten wir die folgenden Ziele verfolgen:

1. Die Vertretung unserer Gemeindeinteressen auf regionaler, Landes- und Bundesebene, insbesondere hinsichtlich einer gerechten Verteilung der finanziellen Ressourcen und einer Entlastung von kommunalen Haushalten.
2. Die Förderung des Austauschs von bewährten Praktiken und die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Bündnisses, um innovative Lösungen für finanzielle Herausforderungen zu entwickeln.
3. Die Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten und politischen Maßnahmen zur Durchsetzung unserer finanziellen Belange und zur Schaffung eines förderlichen Umfelds für die langfristige finanzielle Stabilität unserer Gemeinde.
4. Der Zugang zu Ressourcen, Schulungen und Fachexperten, die uns dabei unterstützen, unsere finanzielle Situation zu analysieren, zu verbessern und effektiv zu handeln.
5. Trotz steigender Einnahmen und weiter anwachsender Ausgaben und anhaltender Investitionstätigkeit und damit anwachsender Schuldenstände sind finanzschwache Kommunen gezwungen, Steuerhebesätze deutlich über dem Durchschnitt festzulegen. Dadurch werden sie als Standorte unattraktiver. Noch einmal deutlich erschwert wird ihre Situation durch Kommunen, die sich mit niedrigen Hebesätzen als „Steueroasen“ präsentieren und Unternehmen gezielt abwerben. Die neue Landesregierung sollte dieses Vorgehen unattraktiv machen, zum Beispiel über das Gemeindefinanzierungsgesetz und negative Schlüsselzuweisungen für Kommunen, deren tatsächliche Gewerbesteuerhebesätze sehr deutlich unter den fiktiven Hebesätzen des Landes liegen.

Wir möchten darüber hinaus darauf hinweisen, dass in naher Zukunft möglicherweise neue Pflichtaufgaben auf die Kommunen in Hessen zukommen könnten. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Konnexitätsprinzip, das besagt, dass derjenige, der eine Aufgabe überträgt, auch die finanziellen Mittel bereitstellen muss, um diese Aufgabe angemessen zu erfüllen, könnten folgende Bereiche von Bedeutung sein:

- Die Förderung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit könnte zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für die Kommunen bedeuten, insbesondere in Bezug auf Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Förderung erneuerbarer Energien.
- Die Digitalisierung des öffentlichen Lebens könnte weitere finanzielle Investitionen erfordern, um die Infrastruktur anzupassen und den Bürgern einen angemessenen digitalen Service zu bieten.
- Die Integration und Unterstützung von Migranten könnte verstärkte Aufgaben für die Kommunen mit sich bringen, insbesondere in Bereichen wie Bildung, Sozialhilfe und Integration.
- Die Bewältigung des demographischen Wandels könnte zusätzliche Ausgaben im Bereich der Seniorenbetreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung erfordern.

Es ist daher umso wichtiger, dass wir uns als Gemeinde aktiv für die Einhaltung des Konnexitätsprinzips einsetzen und gemeinsam mit anderen Kommunen für eine gerechte und ausreichende Finanzierung unserer Aufgaben kämpfen. Das können wir alles gemeinsam besser leisten, wenn wir uns als Kommune dem Bündnis „Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte“ anschließen würden.

Wir bitten um Verweis des Antrags in den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Bearbeitung.

Viele Grüße



Thomas Deininger
Fraktionsvorsitzender der UWG Brensbach